

Bündnis 90/Die Grünen

Eine Partei wird entzaubert

**Materialien zur Auseinandersetzung
mit den Bündnisgrünen**

CDU

1. „Gift für die Sicherung der Arbeitsplätze“

Zur Programmatik der Bündnisgrünen

1.1 Wirtschaft und Beschäftigung, Energie- und Forschungspolitik

1.2 Außenpolitik

1.3 Innenpolitik

1.4 Familien- und Gesellschaftspolitik

2. „Da prallen Welten aufeinander“

Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen

2.1 Zitate aus dem Landtagswahlprogramm der Bündnisgrünen in NRW 1995

2.2 Innenansichten von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen

2.3 Zitate sozialdemokratischer Politiker zu Rot-Grün in NRW

3. „Ein besonders enttäuschungs- gefährdetes Projekt“

Rot-Grün in den Kommunen

4. „Unser wichtigster Streitpunkt ist die PDS“

Die Bündnisgrünen und die PDS

Vorwort des Generalsekretärs

Im Blick auf 1998 formiert sich das rot-grüne Lager. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, verhandeln SPD und Bündnis 90/Die Grünen über eine rot-grüne Koalition, und in der SPD-Spitze wird kein Hehl daraus gemacht, daß dieses Bündnis zum Experimentierfeld für Bonn werden soll.

Vor diesem Hintergrund finden vor allem die Bündnisgrünen wachsende Aufmerksamkeit. Bei den vergangenen Wahlen haben sie zum Teil deutliche Stimmengewinne zu Lasten der SPD erzielt. Sie sind dabei, die SPD vom linken Rand her aufzufressen.

Einzelstimmen empfehlen sogar der CDU unverdrossen eine Kooperation mit den Grünen. Dabei wird in Wahrheit über ein Phantom diskutiert – über das Bild, das in der Öffentlichkeit von den Bündnisgrünen gezeichnet wird. Die real existierenden Grünen dagegen werden von den wenigsten zur Kenntnis genommen. Wer sieht schon genauer hin, was in den Programmen der Grünen steht; wer weiß Bescheid, wie interne Diskussionen verlaufen – zum Beispiel über eine Annäherung an die PDS? Dabei lohnt sich der nähere Blick; er kann dazu beitragen, vieles in der Diskussion zurechtzurücken.

Wer sich zum Beispiel mit den programmatischen Aussagen der Bündnisgrünen auseinandersetzt, trifft auf eine ganz andere Partei – nicht auf die freundlichen Naturschützer und engagierten Bürgerrechtler, denen man an der kommunalen Basis oft begegnet, sondern auf linkssozialistische Fundamentalisten, ideologische Alt-68er und radikale Ökotoptisten. Nach wie vor bestimmen sie den Kurs der Bündnisgrünen stärker, als vielen bewußt ist.

Die vorliegende Dokumentation macht dies auf eindringliche Weise deutlich. Sie gibt vor allem Originalzitate wieder – zum Beispiel aus dem Programm der Grünen zur Bundestagswahl 1994. Dieses Programm – von Grünen-Sprecher Jürgen Trittin immerhin als „mittelfristige Perspektivbeschreibung“ bezeichnet – markiert den Kurs einer klaren Linkspartei. Da ist gleich reihenweise von Steuererhöhungen und neuen Steuern die Rede. Da werden unfinanzierbare Versprechungen gemacht; modernen Technologien, unverzichtbar für die Zukunft Deutschlands, wird eine Absage erteilt. Es wird gefordert, den Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei aufzulösen, Drogen freizugeben, die NATO und sogar die Bundeswehr abzuschaffen. Von keiner dieser Forderungen sind die Bündnisgrünen bislang abgerückt.

Eine Partei mit einem solchen Programm hat in der politischen Mitte nichts verloren. Sie kann vor allem kein Partner für eine verantwortliche Politik sein. Für die CDU ist es unvorstellbar, in Bund und Ländern mit solchen Grünen zusammenzuarbeiten.

Auch für die SPD sollte es unvorstellbar sein, wenn sie die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht akut in Frage stellen will. Die SPD wird sich dieser Frage und der Auseinandersetzung darüber stellen müssen.

1. „Gift für die Sicherung der Arbeitsplätze“

(Hans-Olaf Henkel, Präsident des BDI zu den Vorstellungen der Grünen, Bild, 26. 5. 1995)

Zur Programmatik der Bündnisgrünen

Das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1994 stellt die derzeit aktuellste programmatische Grundlage der Bündnisgrünen dar. Der Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, betrachtet dieses Programm als „eine mittelfristige Perspektivbeschreibung“ (FAZ, 24. 5. 1995).

Diese „Perspektivbeschreibung“ weist für die Bündnisgrünen einen eindeutigen Linkskurs aus. Es enthält alle wesentlichen, seit langem bekannten Forderungen des linkssozialistischen fundamentalistischen Flügels der Bündnisgrünen. Im folgenden werden Zitate aus dem Bundestagswahlprogramm wiedergegeben.

1.1 Wirtschaft und Beschäftigung, Energie- und Forschungspolitik

Das Programm der Bündnisgrünen ist zutiefst wirtschafts- und beschäftigungsfeindlich. Es werden massive Steuererhöhungen und die Einführung neuer Steuern gefordert. Folge einer solchen Politik: Der Aufschwung würde durch einen Steuerschock zunichte gemacht. Das Programm ist geprägt von Umverteilungsideen, Technikfeindlichkeit und unfinanzierbaren Versprechungen. Wichtige Zukunftstechnologien werden von den Grünen abgelehnt. Deutschland auf grünem Kurs würde seine Wettbewerbsfähigkeit verlieren, Hunderttausende Arbeitsplätze gingen verloren.

- „Vordringlich sind die Erhöhung der Mineralölsteuer, die Einführung einer Primärenergiesteuer, die Einführung von Abfallabgaben auf Landesebene und eine Schwerverkehrsabgabe.“
- „Daneben sprechen wir uns für die Einführung eines Solidaritätszuschlages von 10 % der Einkommensteuerschuld ab 1995 (bei einem Freibetrag von 50.000/100.000 DM) sowie für eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Selbständige, Abgeordnete und MinisterInnen aus.“
- „Das wichtigste Instrument zur Reduktion des Energieverbrauchs ist eine Primärenergiesteuer, durch die das Energiesparen und erneuerbare Energien gefördert werden.“

- „Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. So hält der von der Bundesregierung beauftragte Sachverständigenrat für Umweltfragen eine Erhöhung der Kraftstoffpreise auf 5 DM pro Liter im Jahre 2005 für notwendig. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Mineralölsteuer in einem sofort beginnenden Stufenplan. (...) Wir schlagen vor: Eine einmalige Erhöhung um 50 Pfennig und pro Liter und darauf folgend eine Erhöhung um real 30 Pfennig pro Jahr. Die Steuerermäßigung für Dieselkraftstoff entfällt.“
 - „Bündnis 90/Die Grünen schlagen deshalb als ein wesentliches Finanzierungsinstrument für einen „Lastenausgleich Deutsche Einheit“ eine gewinnabhängige Investitionshilfeabgabe für Unternehmen aus den alten Bundesländern vor, die im Osten bisher nicht oder nur in geringem Umfang investiert haben.“
 - „Grundlage künftiger Sozialstaatlichkeit muß die solidarische Umverteilung der vorhandenen Reichtumssubstanz werden.“
 - „Die gesetzlich zulässige, individuelle Wochenarbeitszeit wollen wir auf 40 Stunden begrenzen; einschließlich maximal zwei Überstunden in der Woche bei unaufschiebbaren Arbeiten. Überstunden sollen grundsätzlich durch Freizeit ausgeglichen werden. Wochenend- und Nachtarbeit darf nur in Bereichen unabweisbaren gesellschaftlichen Bedarfs erlaubt sein.“
 - „Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft, der Abschied von der automobilen Gesellschaft, der Einstieg in die abfallvermeidende Kreislaufwirtschaft und ein konsequenter Naturschutz – das sind konkrete Herausforderungen der kommenden Jahre.“
 - „Zur Abwehr der drohenden Klimakatastrophe ist eine drastische Reduzierung der fossilen Brennstoffverbräuche bei Öl, Gas, Braun- und Steinkohle dringend erforderlich und auf das Risiko der Atomkraft gibt es nur eine vernünftige Antwort: den Ausstieg.“
- ...
- Die Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke innerhalb von höchstens ein bis zwei Jahren ist rechtlich möglich, technisch umsetzbar und wirtschaftlich verkraftbar.“
- „Mit hohen Subventionen für die heimische Steinkohle (1993: 10–11 Milliarden DM) wird der Raubbau an der Natur in Form der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus vorangetrieben. Die damit verbundene Zerstörung der Umwelt kann nicht weiter hingenommen werden. Die Subventionen müssen in deutlichen Schritten abgebaut und im Rahmen der Ener-

giewende umgelenkt werden in die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbarer Energiequellen, insbesondere in den Kohlerevieren in West und Ost. Die ab 1996 notwendige Anschlußregelung an den Jahrhundertvertrag zwischen Stromwirtschaft und Bergbau soll die verbleibenden Subventionen für die Kohle binden, an ihren Einsatz in umweltschonenden Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung; der Kohlepfennig wird ersetzt durch einen Teil des Aufkommens aus der Primärenergiesteuer. Der langfristige Ausstieg aus der heimischen Steinkohle muß sozialverträglich gestaltet und durch den ökologischen Umbau der Kohleregionen begleitet werden.“

- „Den „Transrapid“ lehnen wir ab, weil er eine mit Milliarden Beträgen subventionierte unsinnige und verkehrspolitisch schädliche Konkurrenz zur Bahn darstellt.“
- „In Anbetracht dieser ‚Verantwortbarkeitslücke‘ (Hans Jonas), die bei dieser Technologie besonders sichtbar wird und alle ihre Anwendungsfelder betrifft, lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Gentechnologie grundsätzlich ab.“

1.2 Außenpolitik

Besonders wirklichkeitsfremd sind die außenpolitischen Vorstellungen der Bündnisgrünen. Mit der Abschaffung der Bundeswehr und dem Austritt aus der NATO würde sich Deutschland auf einen gefährlichen Sonderweg begeben. Unser Land würde seine Glaubwürdigkeit als zuverlässiger und berechenbarer Partner verlieren und in die internationale Isolation abrutschen. Deutschland könnte nicht mehr zur Sicherung des Friedens beitragen, es könnte noch nicht einmal mehr seine eigene Sicherheit gewährleisten.

- „Am Ende des Kalten Krieges bestand die große Chance, den Zerfall des Warschauer Paktes mit einer Initiative zur Auflösung der NATO und der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu beantworten. Die Bundesregierung hat diese Chance jedoch ausgeschlagen und stattdessen den Ausbau von NATO und WEU betrieben.“
- „Die Entmilitarisierung der Politik – dies bedeutet auch die Auflösung der NATO – und der Aufbau ziviler Strukturen sind Prozesse, die parallel laufen müssen.“

- „Wir treten darüber hinaus für weltweite Abrüstung und die Auflösung aller Armeen ein. Wir treten für koordinierte Rüstungskonversion und das konsequente Verbot aller Rüstungsexporte ein.“
- „Wir wissen, daß die Bundeswehr mit ihren bisher über 350.000 Soldaten nicht von heute auf morgen aufzulösen ist. Ihre Abschaffung ist ein Prozeß der Abrüstung und der Konversion, der politisch und gesellschaftlich schrittweise durchgesetzt werden muß.“
- „Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für die Abschaffung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes ein.“

1.3 Innenpolitik

Nach dem Programm der Bündnisgrünen würde unsere wehrhafte Demokratie entscheidend geschwächt, der Kampf gegen das Verbrechen könnte nicht mehr entschlossen geführt werden. Drogen würden auf gefährliche Weise verharmlost.

Die Erfolge, die durch die verantwortungsvolle Asylpolitik der Bundesregierung erzielt wurden, wären mit einem Schlag zunichte gemacht.

- „Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizeien sind aufzulösen; . . .“
- „Die Geheimdienste insgesamt stellen eine Gefahr für die Demokratie dar. Sie sind nicht einmal innerhalb ihrer eigenen Aufgabenstellung effektiv und begehen, wie der Bundesnachrichtendienst, zum Teil selbst Straftaten. Sie müssen deshalb aufgelöst werden.“
- „Eine humane Drogenpolitik muß mit der Entkriminalisierung des Drogengebrauchs beginnen. Haschisch und Marihuana sind für den legalen Handel zuzulassen und sollen wie Tabak und Alkohol mit einer Steuer belegt und gemäß dem Lebensmittelrecht überwacht werden. Der Verkauf an Kinder und Jugendliche soll verboten bleiben.
Zum Schutz der Gesundheit von DrogenkonsumentInnen und zur Verringerung der Beschaffungskriminalität von Opiatabhängigen fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Entkriminalisierung und Liberalisierung der Drogenpolitik mit einer staatlich kontrollierten Abgabe der Substanzen, einschließlich Heroin, an Abhängige.“
- „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die sofortige Rücknahme der Asylbegleitgesetze.“

1.4 Familien- und Gesellschaftspolitik

Die Grünen verfolgen eine Politik, die die Familie aus dem Zentrum unserer Gesellschaft an den Rand drängen würde. Ihr Programm verherrlicht Egoismus und verweigert sich der Verantwortung in Ehe und Familie. Die Ehe wird von den Grünen abgewertet. Rechtlich soll sie nur eine unter vielen Formen des Zusammenlebens sein.

- „Wir halten aber die Neudefinition des Familienbegriffs für unumgänglich. Familien sind in unserem Sinn alle auf Dauer angelegten Lebensformen, in denen mindestens zwei Generationen zusammenleben.

Menschen leben mit und ohne Partnerschaften, in Wohngemeinschaften, mit und ohne Kinder, mit und ohne Trauschein, in homosexuellen Lebensgemeinschaften.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will die gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen.

...

Staatliche Eheprivilegien in Form von Steuervergünstigungen (z. B. Ehegatten-splitting) lehnen wir ab.“

- „Gleichgeschlechtliche Partnerschaften müssen die gleichen Möglichkeiten zur rechtlichen Ausgestaltung ihrer Lebensgemeinschaften erhalten wie heterosexuelle Paare: Eheschließungsrecht und Öffnung aller Regelungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften. Eine aktive Gleichstellungspolitik soll durch eine Beauftragten-Stelle der Bundesregierung gefördert werden.“
- „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert neben einer vorurteilsfreien Sexualerziehung an den Schulen die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln (nicht nur der Pille) zumindest an Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr.“

2. „Da prallen Welten aufeinander“

(Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, zu Rot-Grün, Focus, 22. 5. 1995)

Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen

2.1 Zitate aus dem Landtagswahlprogramm der Bündnisgrünen in NRW 1995

Kapitel 'Arbeits- und Wirtschaftspolitik':

- „Darüber hinaus werden aus dem Landeshaushalt allein für die Steinkohle 1,3 Milliarden DM pro Jahr gebunden, die langfristig für die Schaffung ökologisch zukunftsorientierter Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden könnten. Da der Steinkohlenbergbau nicht zukunftsfähig ist, muß er innerhalb einer Generation, d. h. innerhalb von zwanzig Jahren beendet werden.“ (S. 8 f.)

Kapitel 'den Sozialstaat solidarisch umbauen':

- „Heroinabhängigen muß ein legaler Zugang zu sauberem Stoff und möglichst risikoarmen Konsumbedingungen ermöglicht werden, wenn sie mit Methadon- oder Clean-Therapien nicht erreichbar sind. Cannabis ist unter Beachtung des Jugendschutzes und unter lebensmittelrechtlicher Überwachung freizugeben.“ (S. 18)

Kapitel 'Frauenpolitik geht alle an':

- „In Schulen und Jugendarbeit muß über homosexuelle Lebensweisen und andere Lebensformen außerhalb der traditionellen Paarfamilie gleichberechtigt aufgeklärt werden. Ein Lesben- und ein Schwulenreferat innerhalb der Landesregierung soll solche Maßnahmen anregen.“ (S. 22)
- „Bündnis 90/Die Grünen fordern die Einrichtung und Förderung von mindestens zwei Familienplanungszentren mit ambulanter Abbruchmöglichkeit und je 40000 EinwohnerInnen eine Beratungsstelle mit mindestens einer Vollzeitkraft.“ (S. 23)

Kapitel 'Wende bei Energie und Verkehr':

- „Stop für Garzweiler II“
- „... Bündnis 90/Die Grünen lehnen Garzweiler II ab, denn die Genehmigung würde im Zusammenhang mit den geplanten sieben neuen Groß-

kraftwerken im Rheinland die bestehenden ineffizienten Energieversorgungsstrukturen auf Jahrzehnte festschreiben und eine Kapitulation vor den Aufgaben des Klimaschutzes und einer rationellen Energiepolitik bedeuten.“ (S. 26)

● „Stop für Hambach I

Bündnis 90/ Die Grünen lehnen die Verlegung der A4 ab, um keine präjudizierende Wirkung auf die Fortführung des Tagebaus Hambach I zu bewirken.“ (S. 26 f.)

● „Wir wollen darauf hinwirken, daß der Bundestag durch die regelmäßige Erhöhung der Mineralölsteuer einen Beitrag zum Umdenken leistet.“ (S. 29)

Kapitel 'Ökologisch produzieren':

● „Wir wollen die Gentechnik-Förderung beenden. Landeszuschüsse für gentechnische Vorhaben, insbesondere für das Institut für Wissenschaft und Ethik und die Landesinitiative Bio- und Gentechnik, sind zu streichen.“ (S. 33)

Kapitel 'Für eine Bildungsoffensive in Schule und Hochschule':

● „Das Nebeneinander von Hauptschule, Realschule und Gymnasium sorgt für soziale Auslese und verhindert Chancengleichheit. Von der Landesregierung kommen keine Reformimpulse.“ (S. 45)

Kapitel 'Demokratie und Minderheiten stärken – BürgerInnenrechte ausbauen':

● „Homo- und Heterosexualität sind als gleichberechtigte Lebensweisen anzuerkennen. Zur Umsetzung dieser Ziele wollen wir innerhalb der Landesregierung ein Schwulen- und ein Lesbenreferat einrichten.“ (S. 52)

● „Auflösung des Verfassungsschutzes

...

Wirkungsvoller als durch geheim und riskant operierende Schlapphüte, läßt sich die Verfassung eines demokratischen Rechtsstaates durch seine engagierten BürgerInnen und die Presse schützen. (...) Das Entfallen der östlichen Bedrohung bietet jetzt Gelegenheit, die undemokratische Behörde ‚Verfassungsschutz‘ sozialverträglich zu verkleinern und allmählich aufzulösen. Als erster Schritt dahin wollen wir die Umwandlung des Landes-

amtes in eine politische Forschungs- und Dokumentationsstelle ohne nachrichtendienstliche Befugnisse.“ (S. 53)

Kapitel 'Flüchtlinge aufnehmen - BürgerInnenrechte für EinwanderInnen durchsetzen':

- „Bündnis 90/Die Grünen streben für alle Menschen, die sich fünf Jahre legal hier aufhalten, das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu den Wahlen in Bund, Land und Kommune an. Bündnis 90/Die Grünen wollen durch eine Bundesratsinitiative neben dem Wahlrecht eine drastische Erleichterung der Einbürgerung und Legalisierung mehrfacher Staatsbürgerschaften erreichen sowie sicherstellen, daß der Geburtsort und nicht die Abstammung über die Staatsangehörigkeit entscheidet.“ (S. 59)

Kapitel 'Den Umbau solide finanzieren':

- „Der Spielraum für eine alternative Finanzpolitik ist immer noch erheblich. Wir möchten ihn nutzen für:
- eine Kürzung der Mittel für Straßenneubau und Tunnelbauten – Ersparnis: rund 1 Milliarde DM pro Jahr
- eine Verminderung der Ausgaben für Unternehmenssubventionen und wirtschaftsnahe Infrastruktur – Ersparnis: rund 900 Millionen DM pro Jahr
- eine Einnahmesteigerung durch Einführung von Ökoabgaben – Zusätzliche Einnahmen: rund 1,2 Milliarden DM pro Jahr“ (S. 69)

2.2 Innenansichten von Bündnis 90/ Die Grünen in Nordrhein-Westfalen

Beate Scheffler, jahrelang eine der führenden Landespolitikerinnen der Grünen in Nordrhein-Westfalen und von 1988 bis 1990 Landesvorsitzende, gab am Tag nach der Landtagswahl am 14. Mai 1995 ihren Austritt aus der Partei bekannt. In einem Abschiedsbrief legte sie in schonungsloser Offenheit die Gründe für diesen Schritt dar. Der Brief wirft ein bezeichnendes Licht auf die politische Situation in diesem einflußreichen Landesverband der Grünen. (Zitiert nach Rheinischer Merkur, 26. 5. 1995)

- „Je mehr sich die Bundespartei in Richtung Realpolitik entwickelt, desto heftiger versucht die Mehrheit in Nordrhein-Westfalen sich als linker Landesverband zu profilieren.“

- „Die Arbeit der Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode war nach innen dominiert von einer satten links-dogmatischen Mehrheit.“
- „Die Mehrheit der Grünen Nordrhein-Westfalens wünscht sich einen links-dogmatischen Landesverband mit realpolitischem Mäntelchen. (...) Die WählerInnen wählen eine Partei, die anders ist, als sie scheint...“
- „Eine Debattenkultur innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen gibt es nicht...“
- „Trotz ihrer verbalen basis- und radikaldemokratischen Ansprüche habe ich bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen ein durchaus zwiespältiges Verhältnis zur Demokratie feststellen können.“
- „Zu einer funktionierenden Demokratie gehört auch eine gewisse Offenheit und Vertrauen. Innerhalb der Partei aber herrscht permanentes Mißtrauen. Bundesvorstand und Länderrat kontrollieren neben der Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, die sich dazu besonders berufen fühlt, die Bundestagsfraktion; ... Toleranz und Freiheit gedeihen nicht gut in solchem Klima.“

2.3 Zitate sozialdemokratischer Politiker zu Rot-Grün in NRW

Johannes Rau vor der Wahl...

- „Die vergifteten Angebote der Grünen werde ich nicht mal ignorieren.“ (Focus, 22. 5. 1995)
- „Wenn mit ‘grün’, dann ohne mich“ (Bild, 13. 5. 1995)
- Grün sei ihm „einfach unappetitlich“, nur noch „igittigitt“. (Bild, 13. 5. 1995)
- „Ich will nicht kungeln, sondern regieren.“ (Focus, 22. 5. 1995)

Johannes Rau nach der Wahl...

- Er habe ein Regierungsbündnis mit den Grünen nicht ausdrücklich ausgeschlossen. (dpa, 15. 5. 1995)
- „Das Ziel ist Rot-Grün, wenn die Konditionen es möglich machen.“ (Die Welt, 17. 5. 1995)

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender

- „Rot-Grün wäre für dieses Industrieland ein großes Verhängnis. Mit uns ist das auch nicht zu machen.“ (Focus, 22. 5. 1995)
- Mit Rot-Grün wäre NRW in „zwei Jahren finanziell kaputt“.
(Rheinische Post, 26. 5. 1995)

Friedhelm Farthmann, ehemaliger SPD-Fraktionsvorsitzender

- „Das kann nicht gutgehen, da prallen Welten aufeinander.“
(Focus, 22. 5. 1995)

Hermann Rappe, SPD-MdB, Vorsitzender der IG Chemie

- „Eine rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen ist eine Zwangslage. Aber anders, als viele im SPD-Parteivorstand, sehe ich mich nicht in der Lage, das auch noch zu begrüßen. Aus dem Potential der Grünen lassen sich für die SPD keine Stimmen abwerben. Die SPD kann ihre Stimmen nur in der Mitte mehren. Und die verschreckt sie durch rot-grüne Bündnisse. Daß manche im Parteivorstand der SPD das auch noch laut begrüßen und so tun, als wäre es eine Liebesheirat, ist die Höhe. Im Gegenteil: Es ist eine schlechte Entwicklung, die der SPD nicht nützt und auch zu keinem Machtwechsel führen wird.

...

Rot-Grün ist eine tendenzielle Behinderung industriegesellschaftlicher Entscheidungen. Und eine der wichtigsten Zukunftsfragen ist die Energiepolitik. Darin kommen wir mit einer rot-grünen Koalition nicht weiter.“
(Leipziger Volkszeitung, 17. 5. 1995)

Horst Niggemeier, langjähriger SPD-MdB

- „Die Anbiederung an die Grünen läßt gestandene Sozialdemokraten erschauern“

Ökologisch orientierte Wählerinnen und Wähler entscheiden sich inzwischen lieber direkt für die von der SPD zur Salonfähigkeit gepuschte Öko-Partei, anstatt den Umweg über die SPD zu nehmen.

Und die so abschätzig als konservativ bezeichneten SPD-Wähler – die zum Beispiel im Ruhrgebiet immer noch das Rückgrat der SPD bilden – wenden sich enttäuscht von ihrer Partei ab und üben sich in Wahlenthaltung nach dem Motto: 'Diese Partei ist nicht mehr die meine.'

...

Insofern ist sehr zu verstehen, daß die Gewerkschaftsvorsitzenden Hermann Rappe von der IG Chemie und Hans Berger von der IG Bergbau und Energie, beide SPD-Bundestagsabgeordnete, vor einem rot-grünen Abenteuer in NRW nachdrücklich warnen. Wenn es in NRW zu rot-grün kommen sollte, kann man nur sagen: 'Denn sie wissen nicht, was sie tun.' "
(Welt am Sonntag, 21. 5. 1995)

3. „Ein besonders enttäuschungs- gefährdetes Projekt“

(Aus einer Studie des Otto-Suhr-Instituts über
rot-grüne Bündnisse in den Kommunen)

Rot-Grün in den Kommunen

In einer kürzlich veröffentlichten Studie untersuchten Wissenschaftler des Otto-Suhr-Institutes der Freien Universität Berlin das Verhältnis von SPD und Bündnisgrünen auf kommunaler Ebene. Die Ergebnisse sind für die Perspektiven rot-grüner Bündnisse ernüchternd, vor allem widerlegen sie das Märchen von der rot-grünen Reformfähigkeit.

Die wichtigsten Thesen (zitiert nach Frankfurter Rundschau, 10. 3. 1995):

- „Für die Grünen wie für die meisten Sozialdemokraten ist ‚links‘ immer noch gleichbedeutend mit einem prinzipiellen Reformstreben auf der Basis einer mehr als punktuellen Gesellschaftskritik.“
- „...; die Grünen haben inzwischen entwickelte Kontakte zu Gewerkschaften, sind aber wirtschaftsfern und wollen dies meist auch bleiben (Ausnahme kleine Selbständige und Bauern). Auch wollen sie keineswegs die ökonomischen Interessen sozialer Aufsteiger vertreten. Beide Parteien vernachlässigen soziale Verlierergruppen.“
- „Andererseits sind die Grünen für die SPD, und zwar für alle Strömungen und Flügel, einfach staatspolitisch unzuverlässig. Sie berücksichtigen nicht die Erfordernisse effizienten Regierens und Verwältens, haben ein instrumentelles Verhältnis zum Staat, sind oft disziplinlos und unberechenbar.“
- „Dreiviertel der (befragten) Grünen attestieren der SPD Unfähigkeit, sich auf neue politische und gesellschaftliche Herausforderungen angemessen einzustellen.“

- „Das ‚Klima‘ des Umgangs im Rat erwies sich als der statistisch relevante Erklärungsfaktor. (...) Viele Grüne erfahren die örtlichen Sozialdemokraten als ‚machtarrogant‘; viele Sozialdemokraten sehen bei den Grünen ‚elitäre Arroganz‘ und ‚Besserwisserei‘.“
- „Sozialdemokraten halten die Grünen, auch wenn sie sich zur ‚Realpolitik‘ bekennen, oft doch noch für staatspolitisch unzuverlässig, mindestens aber für ‚naiv‘ und behandeln sie zuweilen wie ungezogene Kinder.“
- „Es gibt unter den rund 1300 Kommunen, aus denen wir mindestens eine Antwort erhielten, nicht eine, in der über positive konkrete Projekte einer Zusammenarbeit hinsichtlich der kommunalen Wirtschaftsförderung berichtet wurde, ...“
- „Das führt zu dem – reformpolitische Erwartungen an Rot-Grün enttäuschenden – Befund, daß anscheinend nirgends eine gemeinsam vereinbarte und praktizierte ökologisch-ökonomische Reformstrategie zwischen der Staats- und Wirtschaftspartei SPD und der staatskritisch-ökologischen Partei Die Grünen existiert.“
- „Wir haben kaum Indizien dafür gefunden, daß sich mit Rot-Grün ein neues, umfassendes politisches Reformprojekt entfalten oder gar ein Hegemoniewechsel beginnen könnte. Aber nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Erwartungen, die beide Parteien an Rot-Grün richten, ist es eben doch nicht eine Koalition wie andere, sondern ein besonders enttäuschungsgefährdetes Projekt.“

4. „Unser wichtigster Streitpunkt ist die PDS“

(Vera Lengsfeld, Thüringer Allgemeine, 21. 2. 1995)

Die Bündnisgrünen und die PDS

Auch bei Bündnis 90/Die Grünen ist mittlerweile eine kontroverse Diskussion über den Umgang mit der PDS im Gange.

- * **Bärbel Bohley** kritisiert die „PDS-Umarmung“ (ddp, 23. 1. 1995) der Grünen. Sie warnte Joschka Fischer vor der Annahme, sich von „seiner PDS-Umarmung auch nur eine PDS-Stimme“ zu erhoffen. (ddp, 23. 1. 1995) Fischer hatte laut ddp die PDS als Erbin der friedlichen Revolution bezeichnet und einen normalen Umgang mit der PDS gefordert.

Für Bohley, so ddp weiter, sind die Grünen „nicht unschuldig daran, daß die Opposition im Osten nur noch aus der PDS besteht, weil sie die Bürgerbewegung zu großen Teilen einfach geschluckt haben“.

★ **Marianne Birthler:**

„Im Moment ärgert mich eher, daß sich immer mehr Leute auch aus meiner eigenen Partei an der von der PDS begonnenen Legendenbildung beteiligen. Es ist immer von Ausgrenzung die Rede, jetzt sogar von Apartheidbeschluß. Ich meine, daß das Begriffe sind, die wirklich nicht greifen. Die PDS wird nicht ausgegrenzt...“ (Morgenmagazin des WDR, 2. 2. 1995)

- ★ Die Bürgerrechtler und Bundestagsabgeordneten des Bündnis 90/Die Grünen **Vera Lengsfeld** und **Gerd Poppe** haben gegenüber „Welt am Sonntag“ (19. 2. 1995) ihren Fraktionsvorsitzenden Fischer vor einer „Aussöhnung mit der PDS“ gewarnt. Frau Lengsfeld nannte Fischers Strategie der „Entzauberung“ der PDS einen „glatten Denkfehler“. Gerd Poppe sagte: „Die PDS ist Weltspitze in Demagogie, sie wird jede Pleite auf ihre Partner schieben“. Poppe sagte weiter, daß er mit „nennenswerten Parteiaustritten, darunter prominente Bürgerrechtler“ rechne, wenn die Berliner Grünen für eine Zusammenarbeit mit der PDS stimmen sollten. (Welt am Sonntag, 19. 2. 1995)

Laut taz vom 20. 2. 1995 spitzt sich der Konflikt zwischen den Bürgerrechtlern und der Fraktionsspitze von Bündnis 90/Die Grünen zu. Auf der Fraktionsklausur Mitte Januar sei eine Grundsatzdebatte nicht geführt worden, geeinigt habe man sich lediglich, die PDS im Bundestag nicht auszugrenzen.

Die nicht geklärte Frage hinsichtlich des Verhaltens gegenüber der PDS bietet Angriffsflächen. Die Fraktion der Grünen ist gespalten darüber, was ein „fairer demokratischer Umgang“ mit der PDS bedeutet.

Auf die Frage, ob die Grünen immer noch zwei unterschiedliche Gruppierungen seien, antwortete Frau Lengsfeld:

„Es gibt Punkte, wo wir ganz klar unterschiedlicher Meinung sind. Unser wichtigster Streitpunkt ist die PDS. Die Politik von Joschka Fischer in diesem Punkt halte ich für fatal. Er will die Politik der PDS entzaubern, indem er sie in die Verantwortung nehmen möchte. Das ist ein Fehler, der in meinen Augen sogar das ganze Bündnis 90/Die Grünen als Projekt gefährdet. Fischer hat von den Bürgerrechtlern gefordert, wir sollten eine Versöhnungs-Initiative starten; wir hätten jetzt die letzte Gelegenheit, die Bedingungen für diese Versöhnung

selber zu formulieren, sonst würden das andere für uns tun.“
(Thüringer Allgemeine, 21. 2. 1995)

Lingsfeld schloß in diesem Interview nicht aus, daß Fischer eine Koalition in Berlin unterstützen würde, an der die PDS beteiligt wäre:

„Für mich im Klartext heißt das, Fischer schließt eine Koalition auf Landesebene mit der PDS nicht aus. In Berlin ist das ein Knackpunkt.“ (ebd.)

★ **Werner Schulz, Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Sollten die Grünen in Berlin einer Koalition mit der PDS zustimmen, könnte es „zum Bruch des Konsenses“ zwischen den ostdeutschen Bürgerrechtlern und den Grünen kommen. (Frankfurter Rundschau, 2. 3. 1995)
Es wäre „wirklich schlimm, wenn der PDS-Bazillus für uns zum Spaltpilz würde“. (ddp, 21. 2. 1995)

★ **Waltraud Schoppe:**

„Keinen Zweifel“, [...], daß es bei uns in der Fraktion Leute gibt, die eine Affinität zur PDS haben und sie aus emotionalen Gründen unterstützen.“ (taz, 20. 2. 1995)

Von 49 Abgeordneten des Bündnis 90/Die Grünen kommen lediglich fünf aus den neuen Ländern. Nach Einschätzung der taz sind die PDS-Kritiker in der Fraktion noch – die Betonung liegt auf noch – in der Mehrheit.

★ **Vorstandssprecher Jürgen Trittin** hingegen empfiehlt mit ungeheuerlichen Gleichsetzungen eine Koalition mit der PDS in Berlin:

„Die PDS ist eine genauso verbrecherische oder nicht-verbrecherische Organisation wie die CDU.“ (taz, 20. 2. 1995)

Trittin hatte sich zu einem Gespräch mit Duz-Freund Gregor Gysi beim Ex-SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ getroffen. (abgedruckt am 24. 2. 1995 in „Neues Deutschland“) Das Treffen kommentierte die Süddeutsche Zeitung am 20. 2. 1995 wie folgt:

„Ein solcher Kurs der vorsichtigen Annäherung, wie ihn Joschka Fischer in Bonn bereits propagiert, wird nicht ohne Verluste ablaufen.“

Wenige Tage zuvor hatte Trittin in einem an die Mitglieder des Bundesvorstandes der Bündnisgrünen adressierten Namensartikel in der taz (9. 2. 1995) zum Umgang mit der PDS folgendes Motto vorangestellt:

„Spiel ruhig mit den Schmuttelkindern, sing nicht ihre Lieder.“

★ **Christiane Ziller, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen:**

„Aber wenn Sie mich fragen, ob ich prinzipiell der Meinung bin, daß die PDS eine koalitionsfähige Partei ist, dann ist sie das für mich genauso wie die CDU. Sie ist eine demokratische Partei, sie ist zugelassen.“
(Deutschlandfunk, 23. 2. 1995)

★ **Kerstin Müller, Fraktionssprecherin des Bündnis 90/Die Grünen:**

„Die Koalitionsfrage stellt sich auf Bundesebene nicht, höchstens auf Landesebene in Berlin und Sachsen-Anhalt. Aber das müssen dort die Landesverbände entscheiden. Ich persönlich halte die PDS prinzipiell für koalitionsfähig, wenn sie einen überzeugenden Glaubwürdigkeitsnachweis auch in Sachen Vergangenheitsbewältigung bringt. Die endgültige Trennung von stalinistischen Positionen ist die Eintrittskarte ins demokratische Spektrum der Bundesrepublik.“ (Märkische Oderzeitung, 11. 2. 1995)

★ **Michael Haberkorn, Mitglied im Landesvorstand Berlin:**

Falls das Ergebnis der SPD und der Grünen für eine Regierungskoalition nicht reiche, müßten mit der PDS Sondierungsgespräche möglich sein:
„Die Beschränkung auf eine Nicht-Zusammenarbeit mit der PDS ist ein zu dürrer Rahmen.“ (Frankfurter Rundschau, 2. 3. 1995)

★ **Der Berliner Landesverband des Bündnis 90/Die Grünen**

„PDS - Gretchenfrage der Bündnis-Grünen“ kommentierte am 10. 4. 1995 die Berliner Morgenpost die Landesdelegiertenkonferenz des Bündnis 90/Die Grünen (8. April 1995). Die Frage „Wie halten es die Bündnis-Grünen mit der PDS?“ stand im Mittelpunkt der Debatte. „Die Antwort glich einem Debakel.“ (dpa, 9. 4. 1995) Denn die Berliner Grünen schloßen eine PDS-Tolerierung nicht aus:

„Lange vor dem Wahlabend bewiesen die Landesdelegierten wenig Sachverstand und Selbstbewußtsein. (...) Das Signal vom Wochenende bedeutet für schwankende PDS-Wähler doch nun, ohne jedes Risiko für die regionale Ostpartei stimmen zu können. Denn wann hätte die PDS, (...), schon mehr Einfluß als unter einer rot-grünen Minderheitsregierung?“
(taz, 10. 4. 1995)

Der Tagesspiegel resümierte: „Die gespaltenen Grünen“ taten sich sichtlich schwer, „eindeutig ihre Haltung zur PDS in Stein zu meißeln“. (Der Tagesspiegel, 10. 4. 1995) Mehr als die Hälfte der 138 Delegierten, wenn

auch nicht die erforderlichen 60 Prozent, stimmten für einen Antrag, der in der Tolerierungsfrage der SPD die Antwort überlassen will:

„Sollte das Wahlergebnis eine rot-grüne Regierungsmehrheit nicht zulassen und die SPD gewillt sein, eine Regierungsalternative jenseits der Großen Koalition zu suchen, so sind wir zu Verhandlungen bereit“.

(taz, 10. 4. 1995)

Bernd Köppl, Mitglied der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, schloß darüber hinaus die Zustimmung der Berliner Sozialdemokraten für eine PDS-Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung nicht aus:

Für die Berliner Sozis wolle er dies sowenig ausschließen wie für die in Sachsen-Anhalt. Dort hätten die Sozialdemokraten in dieser Frage ihr Wort gebrochen. Und sollte es bei der SPD Veränderungen geben, „dann auch bei uns“, (. . .): „Das sollen unsere Wähler wissen.“

(taz, 10. 4. 1995)

★ **Pressestimmen**

„Bündnisgrüne von PDS angetan“, (Frankfurter Rundschau, 31. 1. 1995)

„Grüne finden keine Linie gegenüber der PDS“, (Frankfurter Rundschau, 2. 2. 1995)

„Keine Wahlkampfaussage von Bündnis 90/Grünen“ [in Berlin] Haltung zur PDS bleibt offen, „Einen Apartheidsbeschluß wird es aber nicht geben“ (Süddeutsche Zeitung, 2. 2. 1995)

„Erneut hitzige Diskussion der Bonner Bündnisgrünen über ihre Haltung zur PDS

Kerstin Müllers Wink mit dem Persilschein“ (Stuttgarter Nachrichten, 9. 2. 1995)

„Bürgerrechtler warnen vor der PDS“ (Welt am Sonntag, 19. 2. 1995)

„Grüne Mäusebadehose für den PDS-Elefanten

Bürgerrechtler in der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion spitzen den Konflikt um das Verhältnis zur PDS zu und kritisieren „Blamage durch Anbiederung“ (taz, 20. 2. 1995)

„Fischers Politik gegenüber der PDS halte ich für fatal“

Im TA-Gespräch: Vera Lengsfeld, Bündnis 90/Die Grünen“ (Thüringer Allgemeine, 21. 2. 1995)

„Kommt ein Koalitionsangebot, sind wir gekniffen“

Gysi (PDS) und Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) erörterten die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der beiden Parteien“ (Berliner Zeitung, 20. 2. 1995)

„Spiele mit den Schmuttelkindern, sing nicht ihre Lieder

Bündnisgrüne und ihr Verhältnis zur PDS: Links liegen lassen oder beim Anspruch packen, das bleibt die Frage“ (Frankfurter Rundschau, 2. 3. 1995)

„PDS - Gretchenfrage der Bündnis-Grünen“, (Berliner Morgenpost, 10. 4. 1995)

„Das sollen alle wissen“

Wenn die Berliner SPD bei der PDS-Tolerierungsfrage kippen sollte, wollen die Grünen auch umfallen“ (taz, 10. 4. 1995)

„Berlin ist nicht Magdeburg: Dennoch schließen Bündnisgrüne eine PDS-Tolerierung nicht aus

Die teure Wackelpudding-Nummer“, (taz, 10. 4. 1995)

„Die gespaltenen Grünen“, (Der Tagesspiegel, 10. 4. 1995)

„Grüne beim Thema PDS gespalten“, (Frankfurter Rundschau, 10. 4. 1995)